

# Aktionswoche für Soziales und Frieden

*Veranstaltung des Fachschaftsrats Sozialwissenschaften:*

## Gegen die Dämonisierung der Sozialproteste – eine andere Welt ist möglich

Schon immer in der Geschichte wurden soziale Bewegungen, spontane Aufstände und Friedensengagierte delegitimiert, die gegen den Druck der Herrschenden und (Kriegs-)Profiteure einen progressiven, demokratischen Entwicklungsanspruch entfalteten.

Heute steigt der Unmut darüber, dass die Bevölkerung für die Spekulationen und weiter sprudelnden Gewinne von (Energie-)unternehmen und Rüstungskonzernen zahlen soll, und mündet zunehmend in Protest. Der von linken Kräften aus Friedens- und Sozialbewegung dazu ausgerufene Heiße Herbst wird von Regierungsseite, Medien und anderen als rechts dämonisiert, um eine soziale und zivile Wende zu verhindern – das spielt rech-

ter Sozialdemagogie in die Hände. Dabei geht es gerade jetzt darum, dass wir als globale Zivilgesellschaft die Geschichte entscheiden und international Menschenwürde, Emanzipation und Entwicklung hervorbringen.

Wie können wir aus dem wachsenden Unmut kollektives Eingreifen realisieren – wirksam im Konflikt gegen alle rechten Kräfte und Ideologien? Wie können wir aus den Sozialwissenschaften als Teil von Zivilgesellschaft und Sozialen Bewegungen im Konflikt mit den Regierenden soziale Verbesserungen durchsetzen?

**Montag, 24. Oktober um 18:30 Uhr,  
ehem. HWP / VMP 9, Raum S07**

*Veranstaltung des Referats für internationale Studierende RIS:*

## Völkerrechtliche Aspekte des Ukraine-Krieges und Friedensperspektiven

Die UNO wurden 1945 gegründet, um „künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren“ und „den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern“. Die UN-Charta beinhaltet dafür ein striktes Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen und Regeln für friedliche Konfliktregulierung. Politische und militärische Zwangsmaßnahmen sind vorgesehen, wenn der Weltfrieden bedroht ist. Für die Wohlfahrt der Menschheit wurden eine Reihe sozial-, gesundheits-, bildungs- und kulturpolitischer Erfordernisse formuliert und dafür international arbeitende Organisationen geschaffen.

Nach dem völkerrechtswidrigen Einmarsch Rußlands in die Ukraine wird von den NATO- und EU-Staaten nun auf das Völkerrecht gepocht, das sie gleichzeitig selber ständig verletzen. Gegen Rußland sei nur Härte realistisch: das in der UN-Charta enthaltene Recht auf Selbstverteidigung verlange zwingend nach Waffenliefe-

rungen, und Sanktionen seien nötig, um den Krieg zu beenden. Die russische Seite behauptet wiederum, der Angriff sei als Präventivschlag legitim und alternativlos gewesen und hat sich jetzt nach den Referenden in der Ost-Ukraine diese Gebiete praktisch einverleibt.

- Wie kann das Völkerrecht heute verwirklicht werden?
- Wie kann eine wirksame Konfliktregulierung aussehen – zur Deeskalation und Beendigung des Krieges, zur politischen Lösung des Konflikts und Verhinderung neuer Kriege?
- Welche Alternativen gibt es zur militärischen und ökonomischen Gewalt bzw. was sind politische und soziale Voraussetzungen für eine künftige zivile Entwicklung im Sinne der tatsächlich Vereinten Nationen?

Wir diskutieren mit Völkerrechtler Prof. Dr. Norman Paech

**Mittwoch, 26. Oktober, um 18 Uhr,  
ehem. HWP / VMP 9, Raum n.n.**

➔ Bitte wenden ➔

Weitere Informationen unter [www.fsrk.de](http://www.fsrk.de)

*Veranstaltung des Fachschaftsrats Sozialökonomie:*

## **Wir leben unter unseren Verhältnissen: Alternative Wirtschaftspolitik statt Verzichtsgebote!**

Gerade haben Appelle für den Gebrauch von Spar-Duschköpfen, Pullis und Waschlappen Hochkonjunktur. So soll die politisch gemachte Energiekrise als Problem mangelnder Verzichtsbereitschaft der Bevölkerung und alternativlos inszeniert werden. Ähnlich wird die Inflation von Unternehmerverbänden und Bundesregierung zu einem Problem zu hoher Löhne und zu großer Geldmenge verklärt. Alles damit bloß niemand einen Zusammenhang zwischen Inflation und den aktuell höchsten Profiten der DAX-Konzerne seit Bestehen der BRD herstellt.

Gegen solche neoliberalen Vernebelungen veröffentlicht die AG Alternative Wirtschaftspolitik seit 1975 bis heute ihre Memoranden, mit denen sie wirtschaftspolitische Vorschläge und Perspektiven zur Sicherung guter Arbeitsplätze und der Verbesserung des Lebensstandards erarbeitet. So können alle erkennen: wir leben öko-

nomisch nicht über, sondern unter unseren Verhältnissen! Es gibt in der Wirtschaft keine Sachzwänge, sondern Interessen!

In diesem Sinne wollen wir bei der Veranstaltung zentrale Mythen der aktuellen neoliberalen (neoklassischen) Wirtschaftspolitik (u.a. Schuldenbremse, Lohn-Preis-Spirale) in Frage stellen und Grundzüge einer alternativen Wirtschaftspolitik diskutieren. Damit wir uns auch aus der Wirtschaftswissenschaft am Zustandebringen eines „heißen Herbst“ beteiligen.

Mit Dr. Rainer Volkmann, Dozent für Volkswirtschaftslehre an der ehemaligen Hochschule für Wirtschaft und Politik. Langjähriger Deputierter für die LINKE in der Finanzbehörde der Stadt Hamburg.

**Donnerstag, 27. Oktober, 18.30 Uhr,  
ehem. HWP / VMP 9, Raum S29**

*Veranstaltung der Fachschaftsräte Lehramt für allgemeinbildende Schulen und Erziehungswissenschaft  
zusammen mit „Bildung ohne Bundeswehr“ (BoB):*

## **„Stell dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin“ Wie wirken wir gegen Rekrutierungsversuche der Bundeswehr an Schulen?**

Ein starkes Unbehagen ist mehr als gerechtfertigt: Mit dem aktuellen Aufrüstungswahnsinn soll die Bundeswehr für ihre neue „Führungsrolle“ ausgestattet werden. Damit Krieg geführt, und die Kriegsgewehre und Waffen für machtpolitische und ökonomische Interessen eingesetzt werden können, müssen sich auch immer Menschen als Soldat:innen einspannen lassen, ihren Kriegsdienst leisten, ihr Leben riskieren und andere töten. Daher rekrutiert und wirbt die Bundeswehr immer offensiver - auch an Schulen.

„Karriereberater:Innen“ der Bundeswehr nutzen die aktuelle soziale Lage und wachsenden Zukunftsängste und locken mit sicheren, finanziell-aussichtsreichen Posten, Ausbildungsmöglichkeiten und nationaler „Mission“. Doch gleichzeitig muss sich Verteidigungsministerin Lambrecht über die „Skepsis über dem Militärischen“ in

Deutschland beklagen. Auch steigt die Anzahl an Deserteuren, die trotz massiver Nachteile (z.B. für das Studium im Rahmen der Verpflichtung), den Kriegsdienst verweigern. Zudem gelten bei der Armee trotz YouTube-Soaps und Marketing-Plakaten weiterhin Befehl und Gehorsam, Hierarchie und Untergebung. Krieg ist und bleibt unmenschlich. Schulen sollten dagegen bestmöglich Orte der Aufklärung und zivilen Entwicklung, des kritischen Denkens, historischen und sozialen Lernens sein.

Dazu wollen wir gemeinsam mit BoB diskutieren. Mit welchen Mitteln versucht die Bundeswehr zu rekrutieren? Was haben „BoB“, bzw. wir dem mit Menschenbild aber auch juristisch entgegenzusetzen? Welche Aktionserfahrungen gibt es? Kommt vorbei!

**Dienstag, 1. November, 18 Uhr,  
ErzWiss / VMP 8, Raum 05**

*Kundgebung des Bündnis „International solidarisch - Schluss mit Austerität“:*

## **Schluss mit dem Elend: Brot, Frieden, Würde – Jetzt!**

**Freitag, 4. November, 16 Uhr,  
Jungfernstieg**